

„Neue deutsche Flüchtlingspolitik“

Trotz Willkommenskultur bleiben Zuwander_innen ungebetene Gäste

Betreff: „Neue deutsche Flüchtlingspolitik“

F. Huisken, emeritierter Hochschullehrer der Uni Bremen, hat sich mit der Neudefinition deutscher Flüchtlingspolitik befasst.

Beginnend mit **„Deutschland, ein Flüchtlingsparadies!“** kritisiert er, das mit zweierlei Maß von *„berechtigten und unberechtigten Schutzsuchenden“* gemessen wird. Abgewiesen werden kategorisch Menschen, offiziell *„Wirtschaftsflüchtlinge“*, die vor Hunger und Not fliehen. Er widerlegt die Mär von *„paradiesischen Zuständen“*; ihre *„längerfristige Unterbringung in Massentagern mit Minimalversorgung, unzureichender medizinischer Hilfe und mangelhaften Hygienebedingungen“* weist auf *„ungebetene“* Gäste hin.

Bei den *„Fluchtursachen“* geht er den nun leisen Tönen nach, dass an der *„Flüchtlingskrise“* *„der Westen nicht ganz unschuldig sei“*. Der globale Kapitalismus aus den Metropolen verursacht an der Peripherie millionenfach Hungerleider und absolut Mittellose. Nur ein kleiner Teil von denen ist in der Lage, überhaupt zu fliehen. Daran leistet die Politik gewissermaßen Selbstkritik, die jedoch keine Abkehr von bisheriger Außenpolitik ist: weg von ökonomischer Benützung und politischer Herrichtung dieser Staaten für ihre Zwecke. Vielmehr wird ihre Zuständigkeit für die Folgen des Elends des globalen Kapitalismus festgezurr. Beispielhaft benennt er die Fluchtursachen in *Syrien, Somalia, dem Horn*

von Afrika und dem Westbalkan. Letzteres ein Gebiet – nur einige Autostunden von hier entfernt – mit den Staaten Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, in denen nach der Zerlegung Jugoslawiens unter tätiger Mithilfe der NATO und der EU-Führungsmächte ein *„blutiges Staatsgründungsprojekt“* vollzogen wurde. Die Arbeiterselbstverwaltung Titos mit der unglücklich geplanten Versorgung, Hunger war unbekannt, war passé. Das ehrgeizige EU-Großprojekt – an den Flüchtlingen droht die Einigkeit zu bröckeln – hat sich einen Hinterhof geschaffen, in dem die Arbeiter der Kombinate zahllos arbeitslos wurden. Als Folge machten sie sich in Trecks – bis Deutschland diese Länder zu *„sicheren Herkunftsstaaten“* erklärte – auf ins *„gelobte Land“*. In diesen Ländern, die in der EU sind oder hinein wollen, herrscht nun Pressefreiheit, Not ist Normalität.

Zum *„Grundrecht auf Asyl“* gibt er provokante Denkanstöße. Huisken weist am Beispiel des *„Ost-West-Gegensatzes“* – Erzfeind Sowjetunion – den politischen Charakter des Asylrechts nach. Aktuell mache sich Deutschland zur Schutzmacht für Flüchtlinge. Asylsuchende werden zum Mittel, Kritik am Herkunftsstaat zu leisten. Einflussnahme und Hineinregieren bis hin zur Absetzung des Herrschaftspersonals gehören dazu. Demokratischer Kapitalismus als Wert schlechthin, an dem kein Land vorbeikommt. Wer sich weigert, bekommt die



F. Huisken, emeritierter Hochschullehrer der Uni Bremen, hat sich mit der Neudefinition deutscher Flüchtlingspolitik befasst.

Feindschaft des Westens zu spüren: Handelsverbote zielen auf Hungeraufstände; *„leading from behind“*; *„regime Change“*, Anwerbung von Söldnertruppen.

Im *„Schengengrenzregime“* spricht er das *„Milliardengeschäft“* der Schleuserbanden an, die es locker mit der *Mafia* und den *Drogenkartellen* aufnehmen können. Politik und Öffentlichkeit verklären die Schlepper zu Fluchtursachen. Im Unterschied zu heute hießen die Schleuser in Zeiten des kalten Krieges gegen den *„Unrechtsstaat“* DDR *Fluchthelfer*. Die *„Schengenregelung“* hat innerhalb der EU zum freien Verkehr von Waren, Kapital, Kredit und Arbeitskräften auf Grundlage nationaler Konkurrenz untereinander gesorgt. Die Konkurrenz produziert Gewinner- und Verlierernationen, für Griechenland, Spanien, Portugal mit den brutalen Folgen von Verarmung und Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Beim Ruf *„Wir schaffen das!“* wird der fordernde, optimistische Anspruch hinterfragt. Das nationale *„Wir“* zielt auf Zusammenschluss von Führung und Geführten. Von den Notlagen,

Schäden und Gegensätzen wird abstrahiert, die nicht nur dem Prekariat und „Bildungsfernen“ einen dauerhaften Lebenskampf bescheren.

In „*Deutsche Flüchtlingspolitik als imperialistische Offensive*“, dem Kern seines Buches, kennzeichnet er Flucht „als eine nie völlig zu eliminierende Begleiterscheinung des Wirkens der Weltmächte in der globalisierten Welt“. Gegen „unsichere Staaten, Schurkenstaaten, Terrorregimes, failed states“ gehen die Führungsmächte diplomatisch erpresserisch, bei fortdauernder Unbotmäßigkeit militärisch vor. Dass die Kanzlerin Mitleid mit den Flüchtlingen empfindet, sei nicht zu bestreiten. Dem Kurswechsel liegt die Unzufriedenheit der Politik zugrunde, die sich aus dem „nationalen Selbstbewusstsein“ speist, die neben der Rolle als Führungsmacht in Europa nach mehr Teilnahme in der Weltpolitik strebt. In Sachen Flüchtlingspolitik bietet sie sich als Moderator und Initiator an, will richtungsweisend in der EU sein und darüber hinaus Vorgaben machen.

Die „*Integration der Neubürger und neue Nationalerziehung für Altbürger*“ schreibt von der „Jahrhundertaufgabe“ (Steinmeier) der Politik, die eine Million und mehr Geflüchtete in ihre „*nationale Konkurrenzgesellschaft*“ einbauen will. Gestreift wird die Spaltung im Regierungslager durch die Seehofer-Forderung nach einer „Obergrenze“. Der sieht in der

AfD und ihren Wahlerfolgen einen lästigen Konkurrenten. Er befürchtet, dass das Nationalgefühl der Mehrheit (60 Prozent für „Obergrenze“) beeinträchtigt wird, sich eine Spaltung im deutschen Volk vollziehe, die den sozialen Frieden gefährde. Jovialer der Präsident: „Begrenzung hilft Akzeptanz zu erhalten“. Der neue Erziehungsauftrag ans Volk heißt, das alte *Nationalbewusstsein* mit der Parole „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, ist

Der neue Erziehungsauftrag ans Volk heißt: „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Merkel)

durch ein neues für die „*globalisierte Welt*“ passendes Leitmotiv zu ersetzen, nämlich, dass Zuwanderung ein „Rendezvous mit der Globalisierung“ (Merkel) sei. Sie bewertet die Folgen der herrschenden Weltordnung mit vielen Kriegen neu. Stabilität – ihr Wunsch, um den `friedlichen` Geschäftsgang zu gewährleisten, Krieg als `ultima ratio`. Ihr Ziel: Flüchtlingsströme eindämmen, Elendsgestalten aus der EU fernhalten, `heimatnahe` Lagerunterbringung mit dem Quantum Essen, um Flucht zu unterbinden. Schulbau in den Lagern für die Kinder, um zu glauben, Ausbildung sei der Garant für Einkommen. Für dieses Aufgabenpaket sei weltweit mehr Geld zu akquirieren.

In der „*Zwischenbilanz` nach*

Köln“ ist die Rede von den Flüchtlingen aus dem Maghreb, „*die deutsche Frauen als Freiwild betrachten*“ und Diebstahl als ihr Mittel ansehen. Die Gebräuche der Armen sind so hässlich wie die Armut selber! Leben in sozialen Brennpunkten, die „*Trostlosigkeit des Lagerlebens*“, die Illegalität ufern aus in solch scheele Handlungen des „Lumpenproletariats“ (Marx), das Produkt imperialer Politik. Nach der Verschärfung des Asylrechts zu Jahresbeginn folgt der „*Null Toleranz*“-Kurs mit den Schnellabschiebungsverfahren für nicht-deutsche Straftäter_innen.

Wenn die `Anständigen` das Asylverfahren durchlaufen haben und das `Glück` haben, Aufenthalt zu kriegen, sehen ihre Perspektiven nicht rosig aus, das Gros geht zum Sozialamt und der Rest wird „*als billige Arbeitskraft*“ integriert.

Erhellend die Diskurse „*Überleben auf der Flucht als Qualifikationsnachweis*“ – Kritik am Arbeitgeberpräsidenten – und „*Wernerziehung, das A & O der Integration*“ – nehmen z.B. den „*Glaubensartikel*“ der Muslime, „*Frauen als private Schutzobjekte*“ zu behandeln, aufs Korn.

Die Abhandlung liefert eine Menge Argumente, sich dem Thema gesellschaftskritisch und sozioökonomisch zu nähern. Fragen, Einwände, Kritik beantwortet der Autor unter info@hamburg.gew.de

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK, GEW'ler

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Mani Heede, Wolfgang Svensson, Stephan Willers-Inselmann

Redaktionsassistent: Peter Weissenburger

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz

Rückseite: hlz

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: ALBERS DESIGN, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: Inke Hirsch, VerlagsvertretungHirsch@web.de, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 7-8/2016: 15.6.2016